

Der stille Bürgerkrieg

ESSAY Religiöser Siedlerextremismus ersetzt zunehmend die moderne weltliche Orientierung Israels. Ist der Untergang der »einzigsten Demokratie im Nahen Osten« noch zu verhindern?



Meron Mendel, Jahrgang 1976, ist Professor für Soziale Arbeit und seit 2010 Direktor der Bildungsstätte Anne Frank. Zuletzt erschien von ihm »Über Israel reden« und »Muslimisch jüdisches Abendbrot«

Es gibt in Israel wenig Anlass zur Freude, seit die islamistische Hamas am 7. Oktober Ortschaften nahe des Gazastreifens und das Nova-Musikfestival überfallen hat. Doch bei einer Veranstaltung Mitte Juni im israelischen Parlament war die Stimmung euphorisch. Im Saal saßen Minister, Parlamentarier, Rabbiner und Aktivisten. Schon in seinem Grußwort sprach einer der Initiatoren voller Zuversicht darüber, wie bald »in den Straßen von Gaza israelische Kinder spielen werden«. Es war die erste Sitzung der Lobby für die jüdische Besiedlung des Gazastreifens.

Eine Rednerin berichtete von 600 Familien, mehr als 2500 Menschen, die bereit wären, »schon heute« in den Gazastreifen umzuziehen. Ein anderer ergänzte, mit der Besiedlung des Gazastreifens stünden auch die Errichtung von Siedlungen im Südlibanon und der Aufbau des jüdischen Tempels in Jerusalem bevor.

In der Siedlerbewegung wird die Katastrophe des 7. Oktobers als göttliches Zeichen interpretiert und als einmalige Gelegenheit gesehen, lang gehegte Ziele umzusetzen: die Besiedlung des »Erez Israel Haschlema« (das »vollständige Land Israel«), also auch der Palästinensergebiete und die Wiedererrichtung des Tempels in Jerusalem. All diese Bestrebungen sollen die Ankunft des jüdischen Messias herbeiführen. Kriege und andere weltliche Katastrophen sind dafür keine Hindernisse. Ganz im Gegenteil, sie werden als Geburtswehen des Messias gedeutet und als Beweis dafür, dass die Erlösung des jüdischen Volkes unmittelbar bevorsteht.

Solche ultranationalistischen Fantasien von religiösen Fanatikern werden aktuell nicht nur bei palästinensischen Demonstrationen als Kern des Zionismus verstanden. Diese Wahrnehmung mag nachvoll-

ziehbar sein, denn die radikale Siedlerbewegung gibt derzeit, 29 Jahre nach der Ermordung des damaligen Premierministers Yitzhak Rabin durch einen ihrer Anhänger, mehr denn je den Ton im Staat an. Dass diese Ideologie aber den Gegenentwurf zum ursprünglichen Zionismus bildet, ist selbst in Israel nicht allen bewusst.

Der politische Zionismus entstand als emanzipatorische Bewegung in Europa mit dem Ziel, Juden vor Verfolgung und Diskriminierung zu retten. Sein Begründer, Theodor Herzl, ein säkularer und emanzipierter Jude des 19. Jahrhunderts, war an heiligen Orten wenig interessiert. Der Staat und sein Territorium waren für ihn: sicherer Boden für rund elf Millionen europäische Juden. In seinem Grundsatzzprogramm »Der Judenstaat« von 1896 beschrieb er einen Staat, in dem Juden und Araber gleichberechtigt miteinander leben würden. Religion sollte in diesem modernen Nationalstaat nur im Privaten eine Rolle spielen. Diese Vision wurde ursprünglich auch von religiösen Zionisten mitgetragen, die in den Gründungsjahren des Staates mehrheitlich moderate Positionen vertraten.

Der Urknall ereignete sich 1967, mit dem Präventivschlag Israels gegen die arabischen Staaten. In nur sechs Tagen gerieten plötzlich viele biblische Orte unter israelische Kontrolle: die Klagemauer in Jerusalem, das Grab der Patriarchen in Hebron, das Rahelgrab nahe Betlehem. Bald kam man in religiösen Kreisen auf die Idee, den dritten Tempel auf dem Tempelberg errichten zu wollen, wo seit etwa 1300 Jahren die Aksa-Moschee steht, die drittheiligste des Islam.

Die heiligen Orte schufen einen religiösen Gegenpol zum nüchternen Zionismus von Herzl. Der neue Zionismus der Nationalreligiösen entstand aus einer Mischung aus religiösem Fanatismus und Nationalis-

mus. Kaum jemand hat es damals kommen sehen. Allein der Philosoph Jeschajahu Leibowitz warnte unmittelbar nach Kriegsende davor, dass die andauernde Besetzung die Seele des zionistischen Projekts vergiften würde. Leibowitz, selbst ein orthodoxer Jude, drängte die Regierung, Israel möge sich im eigenen Interesse sofort aus den eroberten Gebieten zurückziehen. Vergebens.

Aufgewachsen in einem säkularen Kibbutz bin ich der nationalreligiösen Ideologie das erste Mal als junger Soldat begegnet. Damals war ich in der Stadt Hebron im Westjordanland stationiert. Während einer Nachtschicht, als ich zur Überwachung auf dem Dach eines Hauses einer jüdischen Siedlerfamilie stand, erklärte mir der Vater, worin wir uns unterscheiden: »Noch zwei Jahre, bis du deinen Militärdienst abgeschlossen hast. Vielleicht 15 Jahre, bis du Familie und einen Job hast. Unsere Pläne zielen auf die Ewigkeit.« Und: »Am Ende werden wir alle unsere Feinde vernichten und den dritten Tempel in Jerusalem errichten.«

Einer dieser Siedler, der mir aus dieser Zeit besonders in Erinnerung blieb, ist Itamar Ben-Gvir. Wir gehören zum gleichen Jahrgang, und auch er hätte mit mir seinen Wehrdienst leisten müssen. Doch aufgrund seiner rechtsextremistischen Aktivitäten wurde er ausgemustert. Stattdessen verbrachte er seine Zeit damit, mit Freunden über den arabischen Markt zu laufen und Palästinenser zu schikanieren. Damals versuchte die Armee noch, die Siedlergewalt zu stoppen und die Täter der Polizei zu übergeben. Wir haben ihn einmal festgenommen, nachdem er Steine auf Passanten geworfen hatte. Und ein weiteres Mal, als er auf dem Markt Gemüsestände demolierte. Heute schauen israelische Soldaten meist teilnahmslos zu, wenn solche Dinge passieren. Sie passieren inzwischen fast täglich. Itamar Ben-Gvir ist inzwischen einer der mächtigsten Politiker in Israel. Als Minister für nationale Sicherheit ist ihm die Polizei unterstellt. Die gleiche Polizei, die Siedler für Gewaltakte gegen Palästinenser nach dem Gesetz eigentlich verhaften müsste.

Der Weg des Itamar Ben-Gvir vom Paria zum mächtigen Minister steht exemplarisch für die Metamorphose der israelischen Gesellschaft in den vergangenen Jahrzehnten. Er steht für den Aufstieg der nationalreligiösen Ideologie an die Macht.

Viele liberale Israelis haben die Gefahr dieser Bewegung im eigenen Land unterschätzt. Die Besetzung der palästinensischen Gebiete war auch für sie vorteilhaft. In meiner Kindheit waren die Palästinenser aus Gaza und aus dem Westjordanland die Bauarbeiter, die Tellerwäscher, oder sie standen an Tankstellen an der Zapfsäule. Im Sommer sind wir zum Strand in Gaza gefahren und haben auf dem Weg Falafel gegessen. Erst mit dem Ausbruch der Intifada 1987, des gewaltsamen Palästinenseraufstands, wurde uns klar, dass die »humane Besetzung«, von der wir in der Schule gehört hatten, ein Märchen war.

Bereits in dieser Zeit schufen die Nationalreligiösen Fakten, um einen Kompromiss mit den Palästinensern unmöglich zu machen. Von 1974 an gab es die ersten Versuche, das Westjordanland jüdisch zu besiedeln, obwohl die Regierung ein Verbot ausgesprochen hatte. Drei Jahre später, als die rechtskonservative Likud-Partei unter Menachem Begin an die Macht kam, bekam das Siedlungsprojekt die volle Unterstützung des Staates. Mit großzügigen staatlichen Subventionen wurden Häuser, Krankenhäuser, Autobahnen und eine Universität errichtet.

Erst mit dem Oslo-Abkommen 1993 wurde klar, dass die Nationalreligiösen den Staat, internationale Abkommen oder weltliche Gerichte nicht als Autorität akzeptierten, sondern nur Gott allein. Die zweite Generation der Siedler war selbstbewusster und radikaler als ihre Eltern. Als die Regierung unter Ministerpräsident Yitzhak Rabin den Aufbau neuer Siedlungen untersagte, bauten sie die ersten »illegalen Außenposten« auf. Ein Jahr später gelang es einem bewaffneten Siedler, ins Grab der Patriarchen in Hebron einzudringen, wo Abraham ruhen soll. Er schoss wahllos auf die dort zum Gebet versammelten Muslime. 29 Palästinenser kamen ums Leben, mindestens 125 wurden verletzt. Im Folgejahr ermordete dann ein Nationalreligiöser Rabin in Tel Aviv. Spätestens in diesem Augenblick hätten alle liberalen Israelis verstehen müssen, dass die Extremisten rücksichtslos auf dem Vormarsch sind.

Am Ende dieser Entwicklung steht der gegenwärtige Konflikt zwischen der Regierung und der Protestbewegung. Sie nahm ihren Anfang im Januar 2023, kurz nachdem die neue Regierung ihre Pläne für den Umbau der Justiz vorgestellt hat. Bis Sommer hatten zwei Millionen Menschen an Protesten teilgenommen, etwa 20 Prozent der Gesamtbevölkerung. Nach dem 7. Oktober 2023 hat die Protestbewegung die Forderung nach einem Deal zur Rettung der von der Hamas nach Gaza verschleppten Geiseln und nach Neuwahlen zu ihrer Agenda gemacht.

Mit der Fortsetzung des Kriegs setzt Premier Benjamin Netanyahu die Forderung seiner nationalreligiösen Minister Itamar Ben-Gvir und Bezale Smotrich um. Es soll niemanden verwundern, wenn die radi-



Jüdische Siedler im Westjordanland: Bereit, »schon heute« in den Gazastreifen umzuziehen

kalen Pläne für die jüdische Besiedlung des Gazastreifens bald von der Regierung offiziell übernommen werden. Die Protestbewegung vertritt mit der Forderung nach einem Geiselddeal die Werte des ursprünglichen Zionismus: die Rettung von Menschenleben.

Die Nationalreligiösen machen etwa ein Fünftel der israelischen Bevölkerung aus. Als relativ homogene und gut organisierte Gruppe gewinnen sie aber immer mehr an Einfluss. Sollte diese Minderheit am Ende als Gewinner dastehen, sieht Israels Zukunft düster aus. Sie sind zwar in der Politik und im Militär dominant geworden. Doch Israels Wirtschaft und Wissenschaft werden von liberalen und säkularen Kräften getragen. Die Menschen im Hightech-Sektor, an den Hochschulen und in der Finanzbranche garantieren die technologische und wirtschaftliche Überlegenheit Israels gegenüber seinen Nachbarstaaten. Diese Menschen unterstützen mehrheitlich die Protestbewegung. Ihr Heil suchen sie eher im Silicon Valley, nicht am Grab der Patriarchen. Sollte der Protest seine Ziele verfehlen, sollte die Regierung die Geisterfahrt in den Abgrund ungehemmt fortsetzen, werden immer mehr liberale Israelis ihre Zukunft außerhalb des Landes sehen.

Eine neue Studie stellt fest, dass 70 Prozent der israelischen Ärzte, die aktuell im Ausland ihre Fachausbildung absolvieren, nicht zurückkehren wollen. Drei Viertel von ihnen begründen dies mit der Politik der aktuellen Regierung. Seit die ultranationalistische Regierung unter Netanyahu Ende 2022 an die Macht kam, haben sich 80 Prozent der neu gegründeten Start-ups außerhalb von Israel registriert. Diese Entwicklungen verlaufen bisher unter dem Radar. Dennoch warnen Experten vor einem Kipppunkt, an dem Israel in kurzer Zeit seine liberalen Eliten weitgehend verlieren

kann. Im Mai 2024 haben zwei führende israelische Wirtschaftsexperten, Eugene Kandel und Ron Tzur, einen Bericht vorgelegt, in dem sie davor warnen, dass der ideologische Konflikt das Land innerhalb von 10 bis 20 Jahren an den Abgrund führen wird. Wenn nicht schnell gehandelt werde, existiere Israel an seinem 100. Geburtstag nicht mehr, prognostizierten die beiden.

Diese düstere Zukunft kann aber noch abgewendet werden. Das ist zunächst vor allem die Aufgabe der Mehrheit der Israelis, die immer noch in einer modernen Demokratie nach der Vision von Herzl leben will. Sie hat mit den Massenprotesten gegen den Justizumbau gezeigt, dass sie bereit ist, auf die Straße zu gehen. Das reicht aber offensichtlich nicht. Prominente Kritiker der Regierung wie der ehemalige Ministerpräsident Ehud Barak und der ehemalige Geheimdienstchef Ami Ajalon werben deshalb dafür, die Protestmaßnahmen zu verschärfen: beispielweise durch Massenstreiks, die Verweigerung des Militärdienstes und von Steuerzahlungen.

Damit die liberalen Israelis die Nationalreligiösen stoppen können, braucht es nun aber auch ein Umdenken bei Israels Verbündeten, die den Aufstieg der Extremisten zu lange nicht ernst genommen haben. So haben deutsche Politiker über die Jahre zwar immer wieder den Bau von Siedlungen kritisiert – weitgehend folgenlos. Diese Tatenlosigkeit begünstigte den Aufstieg der Nationalreligiösen.

Es ist aber nicht zu spät, noch zu handeln. Notwendig wären effektive politische und wirtschaftliche Sanktionen gegen die Fortsetzung des Siedlungsprojekts im Westjordanland. So könnten Einreiseverbote für Siedler nach Deutschland und Verkaufsverbote von Produkten aus Siedlungen ein wichtiges Signal senden: Deutschland steht nicht an der Seite der Extremisten, sondern an der Seite des liberalen und demokratischen Israel.